Nr. 541 Abend-Ausgabe
B 268

Berlin

Sonnabend, 15. November 1930
V

# Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rücksendung unverl. Manuskripte ist Porto beizufügen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3685, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

# Morgen läßt Pilsudski wählen

## Unerwünschte Schlachtenbummler

*Eigene Meldung der Vossischen Zeitung*

**Warschau,** *15. November*

In Warschau trafen die französischen sozialistischen Abgeordneten Locquin und Bibier vom Vorstand der polnisch-französisch parlamentarischen Freundschaftsgruppe sowie der bekannte Generalsekretär der französischen Freien Gewerkschaften und Ehrenpräsident der Gewerkschaftsinternationale, Léon Jouhaux, ein. **Diese französischen Linkspolitiker werden den Verlauf der polnischen Sejmwahlen als Gäste der polnischen Sozialisten beobachten. In der Pilsudski-Presse wird ihre Ankunft mit großen Unfreundlichkeiten begrüßt und als Versuch einer unerlaubten Einmischung in die polnische Innenpolitik hingestellt.** Auch eine Reihe von englischen, französischen und amerikanischen Journalisten ist in den letzten Tagen nach Polen gekommen, um sich hier für die Maßnahmen der Regierung für die Wahlen zu interessieren und die gegenwärtigen Behältnisse in den nationalen Minderheitsgebieten, besonders in Ostgalizien, aber auch in Posen und Pommerellen, zu studieren.

**Das öffentliche Interesse konzentriert sich jetzt hauptsächlich** noch auf zwei Fragen. Erstens haben nämlich die Pilsudski-Anhänger in großen Teilen des Landes, vor allem auch in Oberschlesien, ihren Freunden empfohlen, als Wähler **freiwillig auf das Wahlgeheimnis zu verzichten** und im Wahllokal laut zu verkünden, daß sie für die Regierung eintreten. Geschieht das in kleineren Orten tatsächlich, so wird damit ein Druck auf alle ausgeübt, der der völligen Aufhebung des verfassungsmäßig zugesicherten geheimen Wahlrechts entspräche.

Zweitens werden die Untersuchungen der Urnen nach Abschluß des Wahlaktes von oppositioneller Seite in Zweifel gezogen. Nach den Wahlvorschriften soll diese Untersuchung nämlich ausschließlich durch die Wahlkommissionen stattfinden, in denen auch die oppositionellen Parteien fast überall vertreten sind. Doch scheint es, als ob die Behörden die Urnen vielfach zunächst zum **örtlichen Starosten bringen** lassen wollen, um sie dort „zu versiegeln" — ein Verfahren, dem mit großem Mißtrauen entgegengesehen wird.

**An der Erreichung einer absoluten Mehrheit durch die Pilsudski-Parteien zweifelt eigentlich niemand mehr.** Fraglich aber scheint es trotz aller Uebermacht der Regierung immer noch, ob diese auch die Zweidrittel-Mehrheit im Sejm erreichen wird, die zu einer Verfassungsänderung notwendig ist. So wird das Wahlergebnis, welches kaum vor Montag mittag zu übersehen sein dürfte, trotz aller Erscheinisse des Wahlkampfes immer noch mit großer Spannung erwartet.

* * *

## Bange Sorge der Deutschen

*Bericht der Vossischen Zeitung*

**Breslau,** *15. November*

Am 16. und 23. November hoffen die amtlichen Organisatoren des polnischen Wahlkampfes die Früchte ihrer Aktivität aus den letzten beiden Monaten zu ernten. Man hat in den letzten Wochen nicht nur die innerpolitischen Gegensätze absichtlich aufs äußerste verschärft; man hat auch gegen die starken fremdnationalen Bestandteile des polnischen Staatsvolkes in einer Weise gearbeitet, die wieder einmal jede Möglichkeit einer Ueberbrückung der nationalen Gegensätze innerhalb des Landes und ebenso nach außen hin auf lange Zeit illusorisch gemacht hat.

Der Versuch, eine polnisch-nationale Einheitsfront durch die Parole gegen deutsche Angriffsabsichten zustande zu bringen, mußte grade die deutsche Minderheit besonders schwer unter den gewalttätigen Methoden des Wahlkampfes leiden lassen. **Antideutsche Wochen wirken sich weniger gegen Berlin als gegen Kattowitz und das Posener Land aus. Alarmbefehle für die Aufständischen-Organisationen konnten nur die schlimmen Methoden aus dem blutigen Abstimmungskrieg in Oberschlesien wieder aufleben lassen. So hat sich denn auch der Terror im polnischen Oberschlesien von Tag zu Tag gesteigert, und mit banger Sorge sehen die Deutschen den Wahltagen entgegen, nachdem nicht nur Versammlungssprengungen und demonstratives Fensterseinschlagen, sondern auch arge körperliche Bedrohung hier zum täglichen Ereignis geworden sind. Ein großer Teil der deutschen Wähler wird gar nicht in die Verlegenheit kommen, zwischen persönlicher Sicherheit und politischer Pflichterfüllung wählen zu müssen. Rund 30 000 deutsche Wahlberechtigte sind allein im Wahlkreis Bielitz, Pleß, Rybnik wurde überhaupt die Liste der Deutschen Wahlgemeinschaft, die im Mai 48 000 Stimmen auf sich vereinigte, für ungültig erklärt.**

Es ist dem Woiwoden Grazynski, dem man Energie, Zielklarheit und Verstand nicht absprechen darf, in fünf Jahren nicht gelungen, in der parlamentarischen Vertretung des oberschlesischen Volkes, im Schlesischen Sejm, auch nur die Andeutung einer Mehrheit für seine Politik zu erlangen. Noch immer sind fast 35 v. H. der oberschlesischen Stimmen für die deutschen Listen abgegeben worden, und an zweiter Stelle stand trotz allgemeiner Aechtung des Führers die Christlich-Demokratische Partei Korfantys. Von den 48 Abgeordneten zum Schlesischen Sejm standen auch nach den diesjährigen Maiwahlen nur 10 zum Regierungskurs. Das bedeutet (durchaus parallel mit der Verschärfung der diktatorischen Bestrebungen) ein Absinken des Einflusses der Regierungsgruppe. 1928, bei den Wahlen zum Warschauer Sejm konnte sich Grazynski nämlich an zweiter Stelle hinter die Deutschen setzen und in Oberschlesien damals über 60 000 Stimmen mehr erhalten als Korfanty. Die Internierung dieses mit den Oberschlesiern durch Jahrzehnte besonders eng verbundenen Führers in Brest-Litowsk hat denn auch selbst in die Reihen des von Grazynski fünf Jahre lang in jeder Form unworbenen und gestärkten Aufständischen-Verbandes Opposition gegen den Schirmherrn getragen.

Wenn also der Woiwode einem polnisch-sozialistischen Interpellanten gegenüber den seit Wochen im Lande herrschenden Terror als nun einmal vor jeder Wahl durchaus üblich bezeichnete, dann setzt er sich nicht nur der Gefahr aus, daß man ihn persönlich für die wilden Ausschreitungen verantwortlich macht, sondern erreicht auch, daß die Opposition ständig wächst.

Im Artikel 76 des Genfer Abkommens heißt es, daß die Staatsangehörigen, die einer Minderheit angehören, bei der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts nicht benachteiligt werden dürfen. Das ist eine bindende Vorschrift, unter die die Bevollmächtigten Polens und Deutschlands ihre Unterschrift gesetzt haben und die unter Garantie des Völkerbundes steht. Man wird darum nicht nur das Recht, sondern im Interesse des oberschlesischen Volks auch die Pflicht haben, in Genf zu diesen Formen des Wahlkampfes, zu den jetzt offentundigen Verletzungen des Genfer Abkommens deutlich und so laut, daß man es in Warschau wirklich hört, Stellung zu nehmen.

Martin Darge.

## Faschistischer Bürgermeister verhaftet

*Eigene Meldung der Vossischen Zeitung*

**Mailand,** *15. November*

Mussolini scheint jetzt rücksichtslos auch gegen faschistische Würdenträger vorzugehen, nachdem die durch einige Prozesse ans Tageslicht gekommenen Korruptionsaffären von Mailand so viel Staub aufgewirbelt und in weiten Kreisen des Volkes bittere Unzufriedenheit hervorgerufen haben. So sind jetzt der Bürgermeister von St. Margherita Ligure und ein anderer faschistischer Würdenträger dieses berühmten italienischen Kurorts am Golf von Genua plötzlich verhaftet worden, ohne daß natürlich die hiesigen Zeitungen etwas darüber berichten dürfen, weshalb man die näheren Gründe seiner Absetzung noch nicht kennt.

## Generalstreik-Appell in Spanien

*Eigene Meldung der Vossischen Zeitung*

**Madrid,** *15. November*

Die Zahl der Schwerverletzten aus den blutigen Straßentumulten in Madrid hat sich nach den neuesten Meldungen auf 49 erhöht, unter ihnen befinden sich sieben Polizisten. Die maßlose erbitterte Stimmung unter der Arbeiterschaft hat die Gewerkschaft der Bauarbeiter veranlaßt, ab heute bis Montag abend den allgemeinen Streik zu proklamieren. Andere Gewerkschaften wollen sich anschließen, so daß man glaubt, **für Montag mit einem Generalstreik der gesamten Arbeiterschaft rechnen zu müssen.**

Heute sind schon viele Läden geschlossen. Größere Gruppen von Streikenden durchziehen die Straßen des Arbeiterviertels, die Hausfrauen verproviantieren sich.

**Streiks und schwere Arbeiterkrisen gibt es auch in Cordoba,** Valencia, Barcelona, Oviedo, Zaragoza und vielen anderen kleineren Städten. Dazu kommt, daß die Eisenbahner erhebliche Lohnerhöhungen fordern.

# Was in London fehlt

## Die Gegensätze am englisch-indischen Verhandlungstisch

Wenn das Interesse der Welt an der Londoner Anglo-indischen Konferenz fast ebenso stark ist wie an den großen internationalen Konferenzen in Genf, Haag, Paris und London — obwohl es hier nicht um Probleme handelt, die die ganze Welt angehen, sondern um britische Empire-Sorgen —, so ist der Grund hierfür nicht nur das einzigartige äußere Bild der Verhandlung, das neben dreizehn uniformen englischen Gesichtern dreiundfiedzig im Typ, Hauttönung, Kleidung, Religion, Rasse, Kaste und Klasse völlig verschiedene Gestalten als Abgesandte des pittoreskesten Landes der Welt um einen ovalen Tisch von Riesenausmaß vereint. Denn noch eigenartiger ist die Atmosphäre, die die Beratungen der riesigen Tafelrunde, die Indien höhnisch den „Zirkus" nennt, belasten wird.

Dieser Tafelrunde fehlen nämlich die beiden Hauptpersonen, für Indien Gandhi, für England sein größter Indien-Sachverständige Sir Simon. — Es fehlt beiden Verhandlungspartnern der dige Sir Simon. Trotzdem muß beiden Partnern, obgleich sie voneinander wissen, daß sie keine „echten" Vertreter ihrer Nationen sind, alles daran gelegen sein, sich irgendwie zu einigen. Denn eine konservative Regierung in England als Nachfolgerin MacDonalds, auf der anderen Seite der Indische National-Kongreß statt der heute zur Verhandlung erschienenen indischen Liberalen und Fürsten, würde jede Möglichkeit einer englisch-indischen Einigung auf Jahre hinaus schwinden lassen.

**Darüber hinaus aber sind die Parteien unter sich nicht einig.** Jedermann — in Indien und in England — erwartet, daß es innerhalb der indischen Delegation sehr bald zu heftigen Gegensätzen zwischen Moslems und Hindus kommen wird. Auf der englischen Seite ist es zu einer Auseinandersetzung über die Verhandlungsziele bereits vor der ersten Vollsitzung gekommen.

Lord Irwin, Indiens Vizekönig, hat seine eigenen Vorschläge veröffentlicht. Man hatte von seinen, mit größter Spannung erwarteten Richtlinien behauptet, sie enthielten günstigere Vorschläge für Indien als der Simon-Bericht. Das ist nicht der Fall. Lord Irwin ist in ziemlich allem, was England Indien gewähren will, mit Simon einig. Man will Birma völlig abtrennen. Man will Vorderindien, das heute in zwei Drittel „Britisch-Indien" und ein Drittel „Indisch-Indien" (das Herrschaftsgebiet der Fürsten) zerfällt, zum einheitlichen Bundesstaat machen. Man will Indien neu in einzelne Provinzen aufteilen und jeder dieser Provinzen ein eigenes, ziemlich autonomes Parlament geben. Das Zentral-Parlament in Delhi, teils von den Provinzial-Parlamenten gewählt, teils vom Vizekönig ernannt, soll wie bisher nur mit gesetzgebender Macht ausgestattet sein, die Exekutive bleibt dem Vizekönig vorbehalten. Seine Kontrollinstanz sollte der Staatssekretär für Indien im Londoner Parlament bleiben. Die Armee aber wollte Sir Simon gänzlich aus der britisch-indischen Verwaltung herausnehmen und direkt dem Londoner Kolonial-Office unterstellen.

Lediglich bei diesen beiden letzten Punkten setzten Lord Irwins Vorschläge ein, die man überschreiben könnte: Stärkung der Stellung des Vizekönigs, freie Hand für die britisch-indische Regierung! Lord Irwin will keine Kontrolle durch, sondern eine Partnerschaft mit dem Staatssekretär für Indien. Er will das konstitutionelle Einmischungsrecht Londons „präzise abgegrenzt" wissen und, im Gegensatz zum Simon-Bericht, für die Armee einen eigenen britisch-indischen Kriegsminister haben, der dem Vizekönig, und nicht London verantwortlich ist, und er will vor allem das alleinige Budget-Recht besitzen.

MacDonald hat seine eigenen Vorschläge noch nicht niedergelegt. Aber man weiß, daß er, wenn er kann, weit über Simon und Lord Irwin hinausgehen will. Hinausgehen müßte, denn die Arbeiterpartei versprach Indien — bevor sie die Last der Regierungsverantwortung trug — feierlich und mehrfach die völlige Unabhängigkeit. Die „Independents", der linke Flügel der eigenen Partei, fordert Indiens Freiheit noch heute.

Und was will Indien? Hält man sich an den National-Kongreß, so will er eindeutig „Los von England". Daß dies sein unerbittliches Ziel ist, hat er mit drei Beweisen erhärtet. Der Kongreß hat auf der Jahresversammlung 1930 offiziell völlige Lostrennung vom Empire gefordert, seine Führer haben die passive Widerstandsbewegung zu diesem Zweck begonnen und sitzen heute noch um dieses Zieles willen im Gefängnis, taub gegen alle Vergleichsvorschläge, einhellig in ihrem Boykott der Round Table-Konferenz. Hält man sich an die indischen Fürsten, so ist ihnen sozusagen alles, was England beschließen wird, recht, weil nur England ihre schwankenden Throne stützen kann. Hält man sich an die liberalen indischen Politiker, die die ernstlichen Verhandlungspartner in London stellen, so zeigt sich, daß sie sich die Forderungen des alten nationalistischen „Nehru-Berichts", der eine